

Stolper Post

Tageszeitung
für Stadt und Land

Ämtliches
Publikations-Organ



Erscheint wöchentlich sechsmal. Bezugspreis für den Monat 75 Goldpfennig. Bei der Post für den Monat 80 Goldpfennig. Geschäftsstelle und Schriftleitung: Stolp, Präsidentenstr. 45. Fernsprecher 18.

Anzeigenpreis: Die 6gespaltene Kleinzeile oder deren Raum 20 Goldpfennig, für Inserenten im Stadtbezirk Stolp 10 Goldpfennig, für Stellengesuche und Familienanzeigen 50% Nachlaß; die 3gespaltene Reklamezeile 50 Goldpfennig. Anzeigenannahme für denselben Tag bis vormittags 10 Uhr.

Mit Gott für Volk und Vaterland

Nr. 282

Stolp, Donnerstag, den 2. Dezember 1926

50. Jahrgang

Ein Memorandum Stresemanns.

London, 1. Dezember. Der diplomatische Korrespondent des „Daily Telegraph“ veröffentlicht den Text eines von Stresemann unterzeichneten Memorandums, das Deutschland vor einiger Zeit den alliierten Regierungen in der Militärkontrollfrage übergeben haben soll. Es heißt darin:

In Übereinstimmung mit Artikel 213 des Versailler Vertrages sei die deutsche Regierung bereit, sich jeder Untersuchung zu unterwerfen, die der Völkerbundsrat mit Mehrheitsbeschluß für notwendig halten könne. Sie sei ferner bereit, innerhalb der Grenzen des Friedensvertrages solchen Untersuchungen jede Erleichterung zu gewähren. Die Möglichkeit einer solchen Untersuchung gebe der deutschen Regierung einen gewissen Schutz gegen ungerechtfertigte Anklagen.

Im einzelnen wendet sich das Dokument gegen drei Punkte: Erstens: Der Friedensvertrag rechtfertige keine permanente oder periodische Kontrolle.

Zweitens: Auch in der entmilitarisierten Rheinlandzone könnten auf Grund des Artikels 213 keine permanenten Kontrollorgane unterhalten werden.

Drittens: Die deutsche Regierung sei bereit, den militärischen und Investigationskommissionen alle Erleichterungen zu gewähren, die zur Erfüllung ihrer Aufgaben nötig seien.

Die vom Völkerbund vorgelegenen Vollmachten gingen jedoch weit über das hinaus, was die deutsche Reichsverfassung erlaube und was für diese Zwecke erforderlich sei. Die deutsche Regierung meine aber, daß es keine Schwierigkeiten machen würde sich über diesen Punkt zu einigen.

Berwunderlich ist, daß der Wortlaut des Memorandums nicht von der deutschen Regierung veröffentlicht wird. Gerade diese Einmischungsversuche des Genfer Bundes, das heißt, der westlichen Mächte, machen ebenso eine volle und rechtsseitige Aufklärung als Rückweisung erforderlich. Es verkundet übrigens aus Berliner diplomatischen Kreisen, daß die Reichsregierung nach dem Eintritt Deutschlands in den Völkerbund noch einen weiteren vierten Vorbehalt angemeldet habe, der den deutschen Anspruch auf völlige Gleichberechtigung im Völkerbund unterstreichen soll und zum Ausdruck bringt, daß die deutsche Regierung für sich das Recht fordere, bei Uebernahme des Kontrollrechtes durch den Völkerbund auch in den Untersuchungskommissionen des Völkerbundes vertreten zu sein, die für nicht-deutsche Gebiete in Frage kommen.

Die Linksheke gegen Geßler.

Berlin, 1. Dezember. Die systematische Heke, die die Linke schon seit Jahren gegen die Reichswehr führt, konzentriert sich gegenwärtig hauptsächlich auf die Person des Ministers Dr. Geßler. Dabei ist zu beobachten, daß die demokratische Presse, also die Partei, der Herr Geßler selbst angehört, und als deren Minister er im Kabinett figuriert, den Sozialdemokraten und Kommunisten bereitwillig Vorparadedienste leistet. Die in Frage kommenden Organe ziehen dabei die indirekte Methode vor. So verbreitet das „Berliner Tageblatt“ heute in Fettdruck die Nachricht, „die Sozialdemokraten wollen unter allen Umständen mit der Frage der Regierungsumbildung auch die Frage der Besetzung des Reichswehrministeriums verbinden. Sie würden in den nächsten Tagen mit neuestem und auch weiter zurückliegendem Material über gewisse Vorkommnisse bei der Reichswehr an die Reichsregierung herantreten und bestimmte Forderungen stellen.“

Das „Berliner Tageblatt“ bringt diese Meldung kommentarlos und manifestiert damit, daß es sich mit den Sozialdemokraten solidarisch fühlt. Bei dem ausschlaggebenden Einfluß, den die Berliner Mofse- und Ullstein-Presse auf die demokratische Partei ausübt, kann aus dieser Haltung des „Tageblatts“ geschlossen werden, daß auch die Mehrheit der demokratischen Reichstagsfraktion Herrn Geßler bereits aufgegeben hat. Nicht zuletzt von dieser Seite werden auch die sich in neuerer Zeit immer mehr wiederholenden Nachrichten von Geßlers bevorstehendem Rücktritt in die Welt gesetzt. Es kann auch tatsächlich nicht geleugnet werden, daß die Stellung des Ministers in den letzten Wochen eine Schwächung erfahren hat. Aber es ist, soweit sich das sehr verwickelte Intrigenpiel hinter den Kulissen übersehen läßt, wohl noch nicht so weit, daß man im Ernst von einer dicht bevorstehenden Demission Geßlers sprechen kann. Gegenwärtig hält sowohl die Deutschen Volkspartei wie auch das Zentrum noch an Dr. Geßler fest. Einige namhafte Zentrumsorgane erklären z. B. heute übereinstimmend, daß das Zentrum „keine Geßler-Krise“ wünsche.

Der in der obigen Meldung des „Berliner Tageblatts“ angekündigte Schritt der Sozialdemokraten ist übrigens bereits erfolgt. Die Führer der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion sind heute abend bei dem Kanzler Marx erschienen und haben ihm in Gegenwart des Außenministers Dr. Stresemann und auch Dr. Geßlers ihr „Material“ gegen die Reichswehr unterbreitet. Daß die Sozialdemokraten irgendwelche ultimative Forderung gestellt hätten, ist jedoch nicht bekannt. Auf keinen Fall haben sie, wie das „Berliner Tageblatt“ meinte,

ihren Eintritt in die Regierung von der Beseitigung Geßlers abhängig gemacht, und zwar schon aus dem Grunde nicht, weil die „Frage der Regierungsumbildung“ im Augenblick wahrscheinlich nicht akut ist.

Die Außenpolitik in der französischen Kammer.

Paris, 30. November. (Kammer.) Der radikale Abgeordnete Berthou erklärte in der Nachsitzung der Kammer bei der Beratung des Budgets für auswärtige Angelegenheiten: Er begrüßte die Bemühungen, die er unternommen habe, damit nicht wieder die Geißel des Krieges Europa heimfuehe. Frankreich könne die besten Beziehungen zu allen seinen Alliierten aus dem großen Krieg unterhalten und trotzdem den Versuch machen, sich mit Deutschland zu verständigen. Aus diesem Grunde müsse man sich über die Zusammenkünfte von Locarno und Thoiry freuen. Deutschland verlange das Ende der Kontrolle. Die französische öffentliche Meinung habe sich erregt, daß mehrere Jahre nötig gewesen seien, um die Entwaffnungsklauseln des Friedensvertrages von Versailles durchzuführen. Die Räumung des Rheinlandes könne nur erfolgen, nachdem die Sicherheit Frankreichs garantiert sei. Die faschistische Außenpolitik Italiens dürfe man trotz aller Gerüchte nicht dramatisieren. Er glaube auch nicht, daß Italien morgen die Waffen gegen Frankreich ergreifen werde. Der radikale Abg. Milhaud erklärte, die von der Regierung in Locarno und Thoiry besetzte Politik habe nicht die Zustimmung erhalten, aber sie werde von dem ganzen demokratischen Frankreich gebilligt. Die Rede Stresemanns habe in Frankreich enttäuscht. Die Nachrichten über die Organisation der vaterländischen Verbände könnten nicht in Zweifel gezogen werden. Sie stammen aus deutscher Quelle. Die Vertreter der französischen Nation müßten Deutschland, dem man die Hand reich, sagen, wenn man auch den pazifistischen Willen der deutschen Regierung schätze, man fürchte, daß man eines Tages über sie hinweggehen werde. Der Redner wünschte, daß Briand bei den Besprechungen, die zwischen den Außenministern der großen Nationen stattfinden werden, bei der Politik, die er so glücklich in Locarno, Thoiry und Genf eingeleitet habe, verbleiben werde.

Briand über die Außenpolitik.

Nach Beginn der heutigen Nachmittagsitzung ergriff Außenminister Briand das Wort, um sich in einer zweiständigen Rede über die Außenpolitik der französischen Regierung auszusprechen. Zu Beginn seiner Rede verbreitete sich Briand über die französische Politik in Tunis, erläuterte den Standpunkt der französischen Regierung zu den Ereignissen in China und sprach alsdann über die französisch-italienischen Zwischenfälle, die die öffentliche Meinung in Frankreich so sehr erregt hätten. Alsdann ging er dazu über, die Politik von Locarno und Thoiry zu erörtern. Er sei der Ansicht, daß ein dauerhafter Friede ohne eine Einigung zwischen Deutschland und Frankreich nicht zu erzielen sei. Die Politik von Locarno sollte die Konflikte zwischen den Nationen auf juristischem Wege austragen helfen. Es sei von großer Bedeutung, daß Deutschland Mitglied des Völkerbundes sei. Es sei aber unumgänglich, von einer Politik von so weittragender Bedeutung innerhalb von 3 Monaten schon weithin sichtbare Ergebnisse zu erwarten. Briand bedauerte dann lebhaft, daß die letzte Reichstagsrede Stresemanns durch eine unvollkommene Wiedergabe in der französischen Presse in ihrer Bedeutung vollkommen mißverstanden und falsch gedeutet worden sei. Auch die Rede des ehemaligen Reichskanzlers Dr. Wirth sei fragmentarisch wiedergegeben worden und konnte deshalb nach ihrer Bedeutung nicht richtig gewürdigt werden.

Ämtliche Parteien bis in die Reihen des linken Flügels der Fraktion Marin bereiteten Briand nach Beendigung seiner Rede stürmische Ovationen. Nachdem er die Rednertribüne verlassen hatte, drückte ihm Poincaré die Hand.

Unter der Voraussetzung, daß dieser Kammerbericht ein wirkliches Inhaltsbild der Briand'schen Rede ergibt, stellt sich eine fast wörtliche, recht merkwürdige Übereinstimmung der Ausführungen Stresemanns mit den Ausführungen des französischen Außenministers heraus. Immerhin rückt Briand doch auch erheblich von den letzten Einschüchterungsversuchen der Chauvinistenpresse ab, die damit also wieder einmal als die üblichen Versuchsbällons gekennzeichnet werden. Die Poincaré'sche Rührmaschinelle vervollständigt das Bild der gewollten Theatralik. Phrasen, Nebel, Dunst... Und Deutschland wartet!

Deutscher Reichstag.

Interpellationen.

Berlin, 1. Dezember.

Der Reichstag setzte heute seine Beratungen fort: Zunächst wird ohne Aussprache ein kommunistischer Antrag auf Erhöhung der Grundgehälter-Zuschläge bei den unteren und

mittleren Besoldungsgruppen dem Haushalts-Ausschuß überwiesen. Die zweite Beratung des Nachtragsetzes wird dann fortgesetzt beim Haushalt des Reichsministeriums für Ernährung und Landwirtschaft.

Abg. Neumann (Ztr.) beantragt die Bereitstellung von 200 000 Mark zur Unterstützung der durch die infolge des Zollkrieges mit Polen verhinderte Fischausfuhr geschädigten ostpreussischen See- und Küstentischer, insbesondere der des Oberjischmeisterbezirks Pillau. Der Antrag Neumann wird dem Ausschuß überwiesen. Der kommunistische Antrag auf Bewilligung von fünf Millionen für die Kinderpeinung wird gegen die Antragsteller abgelehnt, die vom Ausschuß beantragten zwei Millionen werden bewilligt. Es folgt die zweite Beratung des Haushalts des Reichsministeriums des Innern. Der Ausschuß beantragt, den Betrag von 675 000 Mark zum Austausch eines Dienstgebäudes für das Gefesammlungsamt zu streichen, ebenso die Mehrforderung von 65 000 Mark zur Förderung der Beamtenerholungsheime. Nach einem weiteren Ausschußantrag sollen verheiratete Beamte bei Besetzungen an Orte mit höheren Bildungsanstalten bevorzugt werden.

Abg. Crispian (Soz.) begründet eine sozialdemokratische Interpellation, die sich dagegen wendet, daß entgegen dem Spruch der Oberprüfstelle die Ausführung des „Potemkin-Films“ von den Landesbehörden in Bayern und Württemberg verboten worden ist.

Reichsinnenminister Dr. Külz: Die in der Interpellation erörterten Vorgänge bedürfen sorgfältigster Prüfung durch die Reichsregierung. (Lebh. Ruze links: Es wird endlich Zeit!) Wir haben uns mit der bayerischen und württembergischen Regierung ins Benehmen gesetzt. Die Antwort der württembergischen Regierung steht zurzeit noch aus. (Die Sozialdemokraten weisen auf den Zentrumsabgeordneten Holz und rufen: Da sitzt ja der zuständige württembergische Innenminister!). Sowie diese Antwort vorliegt, bin ich bereit, die Interpellation inhaltlich zu beantworten. (Laute Ruze links: Was hat denn Bayern geantwortet, warum schweigen Sie über Bayern? Er hat vor Bayern Angst!)

Abg. Dr. Philipp (Deutschn.)

erklärt, ich kenne persönlich den Potemkin-Film nicht, aber, wenn durch ihn tatsächlich die alte Autorität im Heere gefährdet werde, dann sei das Verbot gerechtfertigt. Die Interpellation beweise nur, wie notwendig eine Revision der Verfassungsbestimmungen sei, die das Verhältnis zwischen Reich und Ländern regelt. Redner begründet dann eine Interpellation der Deutschnationalen, in der die Reichsregierung gefragt wird, wann endlich sie das in Artikel 174 der Verfassung verbriefene Reichsschulgesetz vorlegen wolle. Die Frage sei längst spruchreif. Der Innenminister ist schon eininviertel Jahr im Amt. (Zurufe links: Viel zu lange!) Die Mehrheit des Volkes verlangt die Verankerung der christlichen Bekenntnisschule in einem Reichsgesetz. Wir verkennen nicht die Schwierigkeiten, die Dr. Külz dadurch gemacht werden, daß die Demokraten immer im letzten Moment ausbrechen. Wenn die Reichsregierung die alte Forderung des Reichsschulgesetzes nicht schnell erfüllt, dann muß an die letzte Instanz, an das deutsche Volk mit dem Mittel des Volkentscheides appelliert werden. Die Forderung der freien Entwicklung und Wiederbestellung der christlichen Bekenntnisschule wird von einer großen Mehrheit des deutschen Volkes erhoben.

Reichsinnenminister Dr. Külz: Der Entwurf des Reichsschulgesetzes ist im Reichsministerium des Innern fertiggestellt. Einzelheiten aus seinem Inhalt mitzuteilen, sehe ich mich solange nicht in der Lage, als er nicht Gegenstand der Beschlussfassung im Kabinett gewesen ist.

Abg. Lorager (Komm.) bezeichnet die Antwort des Ministers auf die Bekenntnis-Interpellation als ein starkes Stück.

Abg. Landsberg (Soz.) wendet sich gegen die Art, in der Minister Dr. Külz die sozialdemokratische Potemkin-Interpellation beantwortet hat. Er erklärt dazu: Herr Minister, zu der Interpellation, die vom 21. Oktober d. J. datiert ist, konnten und mußten Sie heute sachlich reden. Der Tatbestand ist vollkommen klar. Daß nach der Zulassung des Films durch die Oberprüfstelle das Verbot seiner Vorführung durch die bayerische und württembergische Regierung dem Reichsrecht widerspricht, kann von niemand bestritten werden.

Reichsminister Dr. Külz erklärt, seine Ausführungen auf die Interpellation sollten durchaus kein Ausweichen sein. Die Interpellation bezog sich einheitlich auf Württemberg und Bayern, und ich beabsichtige auch, sie einheitlich zu beantworten. Die bayerische Regierung hat erwidert, daß die in der Presse verbreitete Nachricht von einem solchen generellen Verbot nicht den Tatsachen entspricht. — Schließlich wird der Haushalt bewilligt. Das Haus vertagt sich auf Donnerstag.

Der große Wunschzettel.

Aus dem Preussischen Landtag.

Berlin, 1. Dezember.

Der Landtag setzte heute die Beratung der Beteiligung von Ober- und Niederschlesien am Arbeitsbeschaffungspro-

gramm des Reiches und der weiteren Anträge, die sich auf die Notstandsarbeiten beziehen, fort. Die Beratung verlief sich dabei in Einzelheiten. Abg. Kerff (Komm.) trat für die Nationalpläne ein, Abg. Knieft (Dem.) wünschte die Berücksichtigung des gewerblichen Mittelstandes bei Ausführung des Arbeitsbeschaffungsprogramms, Abg. Harleib (Soz.) klagte über die Not der Berufstätigen, Abg. Lindner (Deutschn.) wies kommunistische Behauptungen über die Arbeitszeit zurück, Abg. Fint (Ztr.) forderte Berücksichtigung der Kleinindustrie und Hilfe für das besetzte Gebiet und die Wälder. Weitere Wünsche äußerten die Abgg. Dr. Pinterneil (D.Vp.), Müller (Dntl.) Abg. Richhöfel (Deutschn.) verlangt Berücksichtigung der Wünsche, insbesondere der pommerischen Fischer und polemisiert in diesem Zusammenhang gegen die Regierung.

In den Abstimmungen wurden die Ausführanträge angenommen, die, unbeschadet des Sofort-Programms des Reiches, eine Reihe von Bahnbauten in den beiden schlesischen Provinzen, sowie auch im Westen verlangen und auf die Reichsregierung eine Einwirkung wünschen, daß der Plan der Schiffbauernachung von Mosel und Saar in das Arbeitsprogramm aufgenommen werde. Bei der Reichsregierung soll darauf hingewirkt werden, daß dem Lande Preußen ein seiner Größe und seiner wirtschaftlichen Bedeutung entsprechender Anteil an der Durchführung des Arbeitsbeschaffungsprogramms eingeräumt wird.

Es folgt die zweite Beratung der Vorlage über die Umgemeindungen in Oberschlesien. Im wesentlichen handelt es sich um die Neugestaltung der Stadt- und Landkreise Ratibor, Gleiwitz und Beuthen, die die neue Grenzziehung und neue kommunale Aufgaben notwendig machen.

Das Haus stimmte nach längerer Debatte mit unwesentlichen Änderungen unter Ablehnung aller Abänderungsanträge der Vorlage in zweiter Lesung nach den Ausschlußbeschlüssen zu. Darauf vertagte sich das Haus auf Donnerstag, 12 Uhr.

Um das Arbeitszeitgesetz.

Berlin, 1. Dezember. Wie verlautet, soll es in interfraktionellen Verhandlungen, welche die Regierung heute nachmittag über die Frage des Arbeitszeitgesetzes, speziell über den fristigen Punkt der Mehrarbeit im Reichstag führte, gelungen sein, eine Einigung unter den Regierungsparteien auf folgender Basis herbeizuführen:

1. Bestehende Tarifverträge über Mehrarbeit werden von den Bestimmungen des Entwurfs nicht berührt. 2. Bei Neuabschluss von Tarifverträgen kann auf die alten Vereinbarungen über Mehrarbeit zurückgegriffen werden, jedoch darf über sie nicht hinausgegangen werden. 3. Es bleibt bei der im Regierungsentwurf vorgesehenen generellen Erlaubnis für eine freiwillige Mehrarbeit von wöchentlich sechs Stunden. Im übrigen soll der Kompromiß den Grundsatz der Erlaubnis freiwilliger Mehrarbeit nach wie vor aufrechterhalten. Das ist infolgedessen interessant, als die Sozialdemokraten die Forderung erhoben hatten, daß noch vor dem Arbeitszeitgesetz ein Vorgesetz erlassen wird, das die Mehrarbeit verbietet und bestraft (!), und zwar mit sofortiger Wirkung.

Soweit wir unterrichtet sind, hält die Sozialdemokratie an dieser Forderung, die dem Kompromiß der Regierungsparteien direkt widerspricht, nach wie vor fest. Wie die Regierung unter diesen Umständen ihre ursprünglich geäußerte Absicht, das Gesetz mit den Sozialdemokraten zu machen, verwirklichen will, ohne dem Wunsche der hinter ihr stehenden Parteien direkt zu widersprechen, erscheint als eine Frage, die unserer Ansicht nach nicht so rasch zu lösen ist. Es wird also wohl über das Gesetz noch eine Weile hin- und herverhandelt werden.

Das Geheimnis von Holtenberg.

Roman von Panhubs.

(9. Fortsetzung.)

(Nachdruck verboten.)

Hoch ausgerichtet verließ der Mann das trauliche Zimmer und ärgerte sich, daß er der Unausföhllichen nicht lieber den Inspektor geschickt hatte. Aber das war ja das Allerdümmste, daß ihm, trotzdem er Berena Lohmann nicht leiden mochte, immer wieder etwas zu ihr zwang. Vielleicht war es ihr reizvolles Gesicht in der Umrahmung des köstlichen Haars oder die tiefen, schönen Augen.

Frauensönheit hatte ihn stets entzündet, wo er sie auch fand.

Traurig nur, daß Berenas Aeußeres einer Rose die Eigenschaften einer stacheligen Distel umschloß.

Sehr, sehr traurig war das. Wie so völlig anders geartet als sie war ihre junge Schwester Ulla! Wie sonnig und froh war ihr Wesen, wie liebenswürdig ihr Ton und Benehmen!

Gab es zwei unähnlichere Schwestern als diese beiden? Eben kam ihm Ulla entgegen. Mit dem großen Jagdhund Hektor stürmte sie die Treppe herauf, verhielt lachend vor ihm den Schritt.

„Guten Morgen, Vetter, wie geht es Ihnen? Haben Sie heute schon bei Ihrer Teilhaberin Audienz gehabt?“

Abrecht von Holten nicht bedeutungsvoll. Die Worte „Teilhaberin“ und „Audienz“ waren gut gewählt.

Wenn er Berena gegenüber sah, hatte er tatsächlich das Gefühl, von ihr in Audienz empfangen zu werden. Wie eine unnehbare Fürstin ließ sie sich seine Wünsche vortragen.

Ob Berena Lohmann immer so alteschhaft hoheitsvoll war oder ob sie auch jungmädechenhaft veranlagt lachen konnte, wie es ihren Jahren zulang?

Ein einziges Mal hatte sie sich drüben bei seiner Mutter zu einem Täßchen Tee eingefunden, aber ihr Benehmen war steif und förmlich gewesen.

„Man friert in der Nähe Ihrer Schwester, geben Sie ihr ein bißchen Wärme ab“, raunte er Ulla zu.

Ulla machte ein betäubertes Gesicht. „Sie glauben nicht, Abrecht, was Berena früher für ein famosjes Huhn war. Seit der Erbschaft ist sie wie verwandelt, ist eine langweilige alte Dame geworden. Ich denke, wenns Frühjahr wird, bricht ihre echte Natur aber doch wieder durch. Sie will ja reiten lernen und dabei wird sie gut durchgeschüttelt, das hat sie äußerst nötig.“

Sie traute dem Jagdhund, der andächtig zu ihr aufblinzelte, hinter den Ohren.

Forderungen der Mieter.

Gegen jede Lockerung des Mieterschutzes.

Der große Ausschuß des Bundes deutscher Mietervereine hat in einer am 27. und 28. November abgehaltenen Tagung in Dresden, an der die Vertreter der Landes-, Provinzial- und Gauverbände des Bundes aus allen Teilen des Reiches teilnahmen, zu Gegenwartsfragen des Miet- und Wohnungswesens, insbesondere zu den Plänen des preußischen Wohlfahrtsministers Hirtfelder wegen Erhöhung der Mieten auf 130 Prozent der Friedensmiete und zu der preußischen Lockerungsverordnung zum Abbau des Mieterschutzes in einer Entschiedenheit Stellung genommen. In dieser wird u. a. eine großzügige soziale Wohnungsreform, die Durchführung eines auf mindestens 10 Jahre berechneten Wohnungsbauprogramms für jährlich 250 000 Wohnungen, Schließung der Grundbücher für private Belastungseintragungen, Beibehaltung der 100prozentigen Friedensmiete, Angleichung der Neubaumieten an die Altbaumieten und beschleunigte Einbringung und Verabschiedung des Wohnheimstättengesetzes gefordert. Der Bund wendet sich mit Entschiedenheit gegen jede Lockerung des Mieterschutzes und verlangt Schaffung eines sozialen Wohnungswirtschaftsgesetzes als Dauerrecht. Er protestiert mit aller Schärfe gegen die Verordnung des preußischen Wohlfahrtsministers vom 11. November 1925 über die Freigabe gewerblicher Räume und verlangt Aufhebung der Verordnung.

Der Gau Berlin des Bundes deutscher Mietervereine veranstaltete eine stark besuchte Protestkundgebung, die sich gegen die Mieterschöpfung und Lockerung des Mieterschutzes für gewerbliche Räume wandte. Der Verbandsvorsitzende Gramse führte u. a. aus: Der Minister Hirtfelder selbst habe auf der Tagung der katholischen Arbeitervereine in Essen erklärt, daß die Aufhebung des Mieterschutzes eine Erhöhung der Mieten um 250 Prozent zur Folge haben würde. Der Regierung sei auch nicht unbekannt geblieben, daß in Bremen nach Aufhebung des Mieterschutzes Mietersteigerungen von 300 Prozent eingetreten seien. Die Verordnung müsse eigentlich die Verordnung zur Vernichtung des gewerblichen Mittelstandes genannt werden. Eine Mieterhöhung von 30 Prozent komme einer allgemeinen Preiserhöhung von 20—25 Prozent oder einer Herabsetzung der Löhne um 15 Prozent gleich. In einer einstimmig angenommenen Entschiedenheit wurde die sofortige Zurückziehung der Verordnung und verschärfte Maßnahmen zum Schutz von Wohnrecht und Existenz gefordert.

Volksleben und Wirtschaft.

Kurzer Wochenbericht der Preisberichtsstelle beim Deutschen Landwirtschaftsrat. Am Berliner Produktmarkt konnte das Brotgetreide in der letzten Woche seine bisherige Preislage behaupten und zum Teil sogar noch einige Preisrückgänge durchsetzen. Das Angebot ist zwar im Vergleich zu den vorhergehenden Wochen reichlicher geworden und eine Verstärkung der Zufuhren dürfte mit dem Eintritt der für die Feldbestellung ungünstigen, regnerischen Witterung sicher zu erwarten sein. Die Mühlen haben aber in der letzten Woche eine große Aufnahmefähigkeit gezeigt und auch geringere Qualitäten von Inlandsgetreide erworben. Im Futtergetreidegeschäft hat sich die Abschwächung weiter fortgesetzt. Die Wintergerste gab im Laufe der Berichtswoche ebenfalls nach. Den stärksten Rückgang erlitt indes Hafer.

Gerichtliches.

Bajazzo-Spielautomaten. In der Bismarckstraße in Stettin ist eine sogenannte Spielhalle mit Bajazzo-Spielautomaten. Im November 1925 wurde sie von dem Kaufmann Otto Wilhelm Krüger ins Leben gerufen. Als Gehilfen standen ihm zur Seite der Kaufmann Willi Max Jesse und der

„Hektor stimmt mir bei, er hält nämlich sehr viel von meiner Philosophie“, sagte sie in groteskem Ernst, und dann machte sie einen Knix und stürmte, gefolgt von ihrem vierbeinigen Bewunderer, den Gang entlang.

Beschäftigt sah ihr Abrecht von Holten nach. Was die eine Schwester zu viel besaß, hatte die andere zu wenig. Schade! Ein Quentlein von dem burschiföhen Lebermut Ullas, nur ein winziges Quentlein hätte Berena Lohmann sicher gut gekleidet.

Er stieg die Treppe hinunter, dachte dabei an Berena Lohmann, die er doch eigentlich nicht leiden mochte.

Ulla suchte Berena auf. „Huh, welch ein sorgenvolles Gesicht schneiden Euer Hochwohlgeboren. Ja, ja, es ist doch schwerer, das Regieren, als man im allgemeinen glaubt.“

Berena zog die Stirn kraus. „Früher konnte man mit dir zuweilen noch ein geschicktes Wort reden, Ulla, aber seit wir auf Holtenberg wohnen, ist es damit aus. Ich meine, es ist doch Zeit, daß du endlich einmal vernünftig wirst. Nächsten Monat feierst du deinen achtzehnten Geburtstag.“

Ulla streichelte den Hund, der schon wieder bewundernd zu ihr aufschaute.

„Halt dich gehört, Hektor, nächsten Monat werde ich 18, und bis dahin muß ich vernünftig werden. Als ob das so Hals über Kopf ginge.“ Sie ward ernst. „Weißt du, alte Rena, mit dem Vernünftigwerden ist das eine heikle Sache, die man meistens immer von anderen verlangt. Zum Beispiel könnte es nichts schaden, wenn du selbst dich auch damit besäßen würdest. Es ist doch töricht, den Holten aus dem Weg zu gehen, als wenn sie an einer ansteckenden Krankheit leiden. Frau Charlotte ist zum Küssen lieb, und Abrecht ist ein Prachtkerl. Die beiden haben dir doch nichts getan! Und daß du deinen Mitterben aleicht beleidigt hast, ehe er dir zu nahe trat, dafür darfst du ihn doch nicht so behandeln, als wenn er dich gekränkt hätte. Eben kam er mit einem Gesicht von dir herausgehoben wie ein Lohgerber, dem die Felle weggeschwommen sind. Schließlich ist es doch nicht dein Untergebener und —“

„Ulla!“ Berena war von ihrem Platz am Schreibtisch aufgesprungen und gebot der Jüngeren mit einer schroffen Handbewegung Einhalt. Der überlegene spöttische Ton, den sie vorhin gegen Abrecht von Holten angeschlagen, hatte ihr leid getan. Was ihr Ulla sagte, das hatte sie sich selbst schon zum Teil gesagt. Aber aus dem Munde anderer vertrau es nicht.

„Bitte, liebe Ulla, mische dich nicht in meine Angelegenheiten“, sprach sie erregt, „ich liebe solche Einmischung nicht. Dunkel Franz Holten hat ein sehr merkwürdiges Testament gemacht, und ich bezweifle, ob es sich auf die Dauer überhaupt erfüllen läßt.“ Sie preßte die Hände schmerzhaft zusammen. „Diese Erbschaft ist ein Streich des Sonderlings, den er noch nach seinem Tode Angehörigen seiner Familie spielt.“

Sie glaubte wieder Abrechts Stimme zu hören, wie er vorhin zu ihr sagte: „Am einfachsten und bequemsten wäre

Schlosser Max Karl Wegner, beide aus Stettin. Die Erlaubnis zum Aufstellen der Automaten war dem Krüger vom Polizeipräsidenten erteilt worden, jedoch mit der Einschränkung, daß nur Spielfundige das Spiel ausüben dürften. Später wurde noch die Beteiligung Jugendlicher unter 18 Jahren ausdrücklich verboten. In der Spielhalle hing das Verbot an einer Wand. Trotzdem wurde die Spielhalle viel von Schülern, Lehrlingen und jungen Leuten unter 18 Jahren aufgesucht. Schließlich erfolgte gegen den Inhaber Anzeige. Die Beweisaufnahme ergab ein betäubendes Bild. Junge Leute von 14 bis 18 Jahren hatten beim Spiel in mehreren Fällen bis zu 200 Mark verloren. Monatlang waren sie in der Spielhalle Gast gewesen. Zwei von ihnen sind vom Gericht wegen Unterschlagung von Geldern ihrer Dienstherrn zu zwei Wochen und drei Monaten Gefängnis (mit Bewährungsfrist) verurteilt worden. Die Angeklagten berückten nach Möglichkeit die von den Zeugen gemachten Angaben, daß es sich um kein Geschicklichkeitsspiel, sondern um ein reines Glücksspiel handle, zu widerlegen. Zwei beschlagnahmte Automaten befanden sich im Gerichtssaal, und so konnte sich das Gericht unter der Mitwirkung von Sachverständigen ein klares Bild über den Spielbetrieb machen. Das Urteil lautete wegen gewerbsmäßigen Glücksspiels gegen Krüger auf 1500 Mark und gegen Wegner auf 750 Mark Geldstrafe, gegen Jesse wegen Beteiligung auf 200 Mark Geldstrafe. Die beschlagnahmten Apparate werden eingezogen.

Vermischtes.

Zu dem Ausbruch aus dem Gefängnis in Gleiwitz. Die Verhaftung des verdächtigen Oberwachmeisters vom Gefängnis in Gleiwitz bestätigt sich. Alle 10 befreiten Gefangenen, unter denen sich einige wegen Mordes und schwerer Spionage verurteilte Schwerverbrecher befinden, sind über die polnische Grenze entkommen, fünf befanden sich bereits im Gefängnis im Besitz von Schusswaffen. Der ganze Befreiungsakt war von langer Hand vorbereitet.

Kassenraub. Gestern früh drangen in Landsbut (Bavern) während der Auszahlung der Pensionen im Bahnhof zwei elegant gekleidete maskierte Burshen in das hauptsächlich von Frauen dicht besetzte Zimmer, hielten die Menge mit Revolvern in Schach, streuten dem Kassenbeamten Pfeffer in die Augen und raubten die Kasse mit 5000 Mark Inhalt. Beide Verbrecher konnten festgenommen werden. Sie sind zwei Brüder aus Regensburg, der Diplomingenieur Moritz Horn und der Landwirtschaftsingenieur Fritz Horn. Die Kasse konnte vollständig beigebracht werden.

Der Gültitzerzug München-Berlin entgleist. Mittwoch früh 2 Uhr entgleisten Lokomotive und 28 Wagen des Durchgangsgüterzuges München-Berlin auf dem Bahnhof Reichertshofen in Oberbayern infolge Bruchs einer Federspanne der ersten Tenderachse. Zugführer und ein Schaffner wurden leicht verletzt, der Begleiter eines Pferdewagens wurde getötet. Der Schaden ist erheblich. Der Verkehr wird vorerst eingeleitet durchgeführt.

Den Ehemann jahrelang eingesperrt. In dem Orte Baumholder bei Koblenz entdeckten Hausbewohner auf dem Heuboden einer Frau deren seit drei Jahren vermissten Ehemann. Der Mann hatte 1919 geheiratet, wollte aber von der Arbeit nichts wissen, weshalb seine Frau auf Scheidung klagte. Sie gab an, ihr Mann hätte sie böswillig verlassen, während er seit 1923 als Gefangener seiner Frau auf dem Heuboden haufte. Die Polizei mußte den völlig verwahrlosten Mann dem Krankenhaus zuführen.

Verurteilte Geheimbrenner. Vom Schöffengericht in Maß wurden der Kaufmann Passel und ein Geschäftsführer der Firma Kubel u. Passel wegen Brennens von Spiritus aus Obst zu je 20000 Mark Geldstrafe und zu 1 bzw. 3 Monaten Gefängnis verurteilt.

es wohl für Sie, Fräulein Lohmann, wenn Sie sich ein wenig auf mein besseres männliches Verständnis derartiger Angelegenheiten verlassen würden!“

Es hatte sie gereizt. Alles, was Abrecht von Holten sagte, reizte sie.

Ulla machte ein schlaues Gesicht. „Weißt du, Rena, du solltest nicht immer so geladen sein, wenn Abrechts Name fällt, und der Streich, den dir der Sonderling mit seinem Testament gespielt hat, ist gar nicht so übel. Denk, bitte, mal ein bißchen an Heuer und Wulff, Eisenwaren engros, zurück und hab dann noch den Mut, dem Erbonkel Vorwürfe ins Grab nachzuschicken.“ Um ihre Lippen zuckte es. „Erinnere dich, bitte, an den strengen Herrn Steinmeister, der dich immer einlud, mit ihm Tanzlokale zu besuchen, der deinen ganzen Stolz für ein warmes Abendbrot kaufen und in Grund und Boden kniden wollte. Bettelprinzessin! schimpfte er dich, als er einfiel, daß du dich durchaus nicht in seine watterten Schultern verknallen wolltest. Und denke an unsern einen Chef, den Michael Wulff, dem du, wenn er seinen schlechten Tag hatte, nie etwas recht machen konntest, und denke —“

Berena atmete bedrückt. „Bitte, höre auf! Beschwöre nicht all die unympathischen Menschen herauf, die mir manche Lebensstunde vererelt haben. Vielleicht hast du recht, ich bin jetzt wohl undankbar.“

Sie schwieg ein Weilchen, ging durch das hübsche, wohnliche Zimmer hin und her. „Mir ist es zuweilen, als gehörte ich nicht hierher, als sei ich ein Eindringling. Ich lese und lerne, versuche mich über meine Pflichten als Gutsherren zu unterrichten, und doch komme ich nicht weiter. Ich drehe mich immer nur im Kreise.“

„Denke nicht zu viel, Rena, sondern packe dein Leben endlich etwas leichter an! Wenn du eines Tages heiratest, dann bist du zwar ärmer, wirst ausbezahlt von Abrecht, aber du hast dann auch nichts mehr mit dem dir so verhassten Vetter zu tun. Bist allerdings auch Holtenberg los.“

„Ich heirate nie!“ sagte Berena kurz und erntete dafür ein herzliches Lachen Ullas.

„Sicher heiratest du, Rena, Mädels wie du bleiben nicht allein, und wenn Abrecht auch heiratet, dann überlebst du dich vielleicht mit seiner Frau an, und Abrecht und du, ihr werdet die besten Freunde.“

Berena unterließ eine Antwort. Das aber wußte sie ganz genau: die zukünftige Frau Abrechts von Holten war ihr, ohne daß sie eine Abnung hatte, wie sie aussehen würde, schon heute unympathisch.

Karl Lohmann pöchte. „Durf ich eintreten, Berena?“ Die hohe Gestalt des Schriftstellers stand im Türschwamben, und seine Rechte liebte den dunklen Vollbart, in dem sich ein paar Silberfäden verfangen.

Er nahm Platz, tütschelte den Hund. (Fortsetzung folgt.)

St. Marienkirche.

2. Adventssonntag, den 5. Dezember, abends 8 Uhr

Advents- und Weihnachtsmusik

Chorgesänge, Sopran- und Bass-Soli, Duette, Violin- und Orgel-Soli

Kirchenchor von St. Marien
Margarete Korb (Sopran) — Willy Kiedel (Bass)
Kapellmeister Josef Lüdert (Violine)
Organist Martin Korb (Orgel).

Karten: Altarplatz und Mittelschiffe 50 Pfg., Seitenschiffe und Schülerchor 30 Pfg., Programme bei Felig Albrecht und am Kircheneingang.

Große Auswahl! Kleine Preise!

Taschenuhren

kauft man gut und preiswert bei

Paul Wolff

Kirchplatz 1. Kirchplatz 1.
Uhren- und Goldwaren.

Die rauhen Herbstwinde mahnen zu verschärfter Sorgfalt in der Gesundheitspflege!

Täglicher Genuß von Dr. Axelrods Joghurt

belebt den Stoffwechsel!
Fördert Appetit und Verdauung!
Verleiht Widerstandskraft!

Täglich frisch durch die Läden und den Auschanwagen der Mollereigenossenschaft Stolp.

Fernsprecher 341

Fernsprecher 341

Friedrich Stamm

Spezialgeschäft für Damen-Moden
Massanfertigung — Stofflager

Stolp i. Pom., Bahnhofstrasse Nr. 25.

Solide Preise.

Die ersten Sendungen

Pfefferkuchen

sind eingetroffen und empfehle in reichhaltigster Auswahl und verschiedensten Packungen und Größen: Nürnberger, Hildebrand's, Weese's, Hallenser usw.

ff. Pfefferkuchenmelangen,
Lauenburger Pfefferküsse etc.
la Marzipan
frischester Qualität.

Größte Auswahl wie bekannt in Packungen sowie von nur erstklassigen Firmen in ff. Polinen, Fruchtpasten, Fondants etc.

795 **Wilhelm Bohse** 795

Spezialgeschäft feinsten Konfitüren.
Kuchen — Ties von Meßmer,
Kuchen — Ties in allen Preislagen.

Zentralheizungen

Warmwasserbereitungs-, Be- und Entwässerungsanlagen
Lüftungsanlagen, sanitäre Einrichtungen

Ob.-Ing. Hermann Thun, Stolp i. Pom.

Hospitalstraße 22.

Telephon 269.

Zweigbüro der Firma Reinhold Müller G. m. b. H., Stettin.

Trauringe



denkbar größte Auswahl, billigste Preise
finden Sie bei

Walter Kunst

Uhren- und Schmuckhaus grössten Stils
STOLP I, POM. Holstentorstrasse 5.

Singer Nähmaschinen



Eine **SINGER** mit Motor u. Nählicht

Mein sehnlichster Weihnachtswunsch

SINGER NÄHMASCHINEN AKTIENGESELLSCHAFT

Stolp i. Pom., Mittelstrasse 5

Spottbillig

1 Post. weiche Herren-Hüte 2.00
1 Posten Woll-Velour-Hüte 3.00
1 Post. Herren-Winter-Mützen 1.50
1 Post. Knaben-Winter-Mützen 1.00
Unternähsohlen 0.10

Louis Salzhuber
Langenstrasse 9.

Reparaturen

schnell, gewissenhaft, billig.

Uhrmacher C. Haar

Markt 19.

Stadttheater

Telephon 419.

Donnerstag, d. 2. Dezember
8 Uhr

Zum letzten Mal!

„Mascottchen“

Freitag, den 3. Dezember
8 Uhr

„Der Troubadour“

Oper in vier Akten v. G. Verdi.
Sonntag, den 5. Dezember
Nachmittags 1/2 Uhr

Zugang bedeutend ermäßigten
Preisen!

„Wiener Blut“

Operette in drei Akten
von J. Strauß.

Abends 1/28 Uhr

„Anna Lisa“

Histor. Lustspiel in 5 Akten
von Hersch.

Reparaturen an
Tabatspfeifen

werd schnell uns ausgeführt

Alle Ersatzteile für Pfeifen

jeder Art vorrätig

R. Hoffmann

Schirmfabrik und Kunstschere
Magazinstraße 9.

Uhren



Reparaturen

sauberste und schnellste
Ausführung.

== Billigste Preise. ==

Kunst

Uhrmacher
Holstentorstrasse 5.

Zwangs- Versteigerung.

Am Sonnabend, den 4.
Dezember d. Js. von Vor-
mittags 10 Uhr ab werde ich
Sandberg 1 folgende Gegen-
stände als:

Eine Partie Möbel aller
Art, Bilder, Teppiche,
Cognac, Koffelasse, 1 Ovel-
wagen, 1 Gitarre, 1 Man-
doline u. a. m.

öffentlich meistbietend gegen
sofortige Barzahlung ver-
steigern.

Stolp, den 2. Dez. 1926
Hafeney.

Ober-Gerichtsvollzieher.

Zwangs- Versteigerung

am 4. Dezember 1926, vorm
10 Uhr Sandberg 1:

1 Hochfrequenzheilapparat,
1 Schreibtisch, 1 Posten
Stühle, 1 Hobelmaschine,
1/2 Ztr. Federn (Damen),
Kinderwagen, Reisekoffer,
1 Partie Möbel, 1 Klav-
ier, 1 Geldschrank, 1
Schreibmaschine, 1 Korb-
möbel-Garnitur, Büro-
tisae, Druckapparat, 1 Ge-
treidewage, 1 Photo-
graphen-Apparat, 1 Ro-
pierrepresser, 1200 Stück
Getreidesäcke u. a. m.

um 12 Uhr Treffpunkt
Schlawerstr. Unterführung

1 Drehbank

öffentlich, meistbietend gegen
Bar.

Scheunemann,
Ober-Gerichtsvollzieher.
Stolp, Uhlandstr. 12.

Heirat!

Hübsche Landwirtschafter,
22 Jahre alt, 30.000.— Mt.
bar und 700 Morgen gr. Gut
wünscht sich mit strebsamem
Herrn auch ohne Vermögen zu
verheiraten durch

Adamkiewicz,
Berlin W 8

Bestenfalls

Behandlung fol. Alter und
Geschlecht anzeigen

Auskunft umsonst.

Institut Englbrecht,
Ammerlan a. See (Obbay.)
E. 84.

Luftgetrocknetes

Dorschmehl u.

Fischmehl

Brod. Futterall

bietet an

Karl Schröder,

Ferruf 509. Mittelstr. 43.

Kirchliche Anzeigen

von Lettow-Borneste-Stift.

Donnerstag, den 2. Dezember
1926, nachmittags 5 Uhr

Gottesdienst:

Hilfspred. Müller.

(Ev. kirch.) Blaukreuz
v. rein.

Donnerstag, den 2. Dez
abends 7 1/2 Uhr Versamml.

in der Aula der Knaben-
Mittelschule.

Singer-Nähmaschinen

werden

überall bevorzugt!

Über 3 1/2 Millionen
in Gebrauch

Billigste Preise.
Teilzahlung.

Paul Lange,

Mittelstraße 46.

